

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 2 (1976)
Heft: 6

Artikel: Krankenkassen
Autor: V.I.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358423>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Müssen Lehrerinnen ledig sein?
Fortsetzung von Seite 1

Die Erziehungsdirektion in Bern verheimlicht die internen Ritzahlen für die Klassengrößen, gibt aber immerhin zu, dass es im Kanton 341 Klassen à je 31-45 Schüler gibt. Statt solche Klassen zu teilen, statt - wie es die Gewerkschaft Erziehung in einigen Kantonen mit entsprechenden Initiativen verlangt - die Klassenbestände auf 25 Schüler zu beschränken, sind 341 Lehrer immer noch völlig

Damals ähnlich wie heute



In einer Gemeinde des Kantons Freiburg steht den Lehrern das Recht zu, sich eine Kuh zu halten. Die Lehrer erhalten für ihre Kuh eine ganze Ration Heu, die Lehrerinnen eine halbe. (Aus "Xanthippe", 1911)

überlastet, können in 341 Klassen die Kinder nicht sorgfältig genug unterrichtet werden. Und in Bern ist es nicht einmal so schlimm wie anderswo. Lehrerinnen sind arbeitslos, und gleichzeitig müssen Mütter als Nachhilfe-Lehrerinnen einspringen und mit ihren Kindern Kopfrechnen, Diktate üben und Wörterlein lernen. Kinder, deren Mütter keine Zeit dafür haben, bleiben in so grossen Klassen auf der hintersten Schulbank.

Lehrerinnen waren, auch in der Schweiz, immer aktiv in der Frauenbewegung. Lehrerinnenvereine gehörten zu den ersten Berufsverbänden überhaupt. Schon 1896 forderten Lehrerinnen in Basel mit einer Petition gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Eine wichtige Forderung damals war auch der Einsitz von Frauen in die Schulinspektionen. Und welche Baslerin erinnert sich nicht an den Streik der Gymnasiallehrerinnen am 1.2.59 als Protest gegen die Ablehnung des Frauenstimmrechtes?!

Mit Solidarität hat es nichts zu tun, wenn in solcher Situation die verheirateten Lehrerinnen gehen sollen. Solidarisch handeln, und zwar zum besten von Kolleginnen, Kollegen und Schülern kann jetzt nur heissen: So fest zusammenstehen, dass erreicht wird:

- Kleinere Schulklassen
 - 10. Schuljahr
 - Schaffung von Halbtagesstellen bei definitiver Wahl
 - Herabsetzung des Pensionsalters
- Gespannt darf man darauf warten, wie die Delegierten-Versammlung des Lehrerinnenverbandes demnächst Stellung bezieht. KB

Frauenorganisationen in der Schweiz

Am Wochenende des 15./16. Mai nahmen 80 Frauen an einem Schulungszusammenzug der Progressiven Frauen Schweiz zum Thema "Frauenorganisationen in der Schweiz" teil. 15 verschiedene Organisationen wurden in Referaten vorgestellt und nachher in Arbeitsgruppen diskutiert. Die gründliche Auseinandersetzung mit dem ganzen Spektrum der bürgerlichen und proletarischen Frauenorganisationen ist für die PFS wichtig in der Diskussion um ihren eigenen Standort, um das weitere Vorgehen und die Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisationen. Im Folgenden charakterisieren wir für all jene Leserinnen, die nicht an der Diskussion teilgenommen haben, kurz eine Auswahl von Organisationen anhand ihrer Programme und Aktivitäten.

Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF)

1900 schlossen sich vier bürgerliche Frauenvereine zum Bund Schweizerischer Frauenvereine zusammen. Heute umfasst der Dachverband 244 Verbände, Organisationen und Genossenschaften mit ca. 390'000 Mitgliedern. Wichtigste Verbände sind Frauengruppen von Parteien (Fdp, SP), Frauenzen-

stellte sie ein Programm auf mit Forderungen für politische Rechte der Frau, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, bessere Organisation in den Gewerkschaften, Familienrecht, Preis- und Mietzinskontrollen, erleichterte Arbeitsbedingungen in Betrieb und Haushalt. Grundsätzlich spricht sich die SFFF für die Neutralität der Schweiz, für Frieden und Abrüstung aus. Sie nimmt immer wie-



tralen, Berufsverbände z.B. von Lehrerinnen und Krankenschwestern, und gemeinnützige Vereine. Der BSF stützt sich auf die "demokratischen Grundsätze unserer Bundesverfassung". Erste Tätigkeiten waren Auseinandersetzungen um die gütliche Besserstellung der Ehefrau u.ä. Im weiteren forderten die bürgerlichen Frauen bessere Berufsbildung und das Recht auf Ausübung eines Berufes. Laut Programm sind die wichtigsten Aufgaben, die sich der BSF heute stellt: Hebung der Stellung der Frau, Vertretung von Fraueninteressen in der Öffentlichkeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Ausbau der öffentlichen Einrichtungen zur Entlastung der Hausarbeit, gleichzeitig aber Kampagne zur Aufwertung der Hausarbeit. Allerdings unterstützt der BSF die Gleichheitsinitiative nur schwach. Zur Abtreibung meint er: im Kampf gegen die Flut von Abtreibungen sollen Fürsorge und soziale Hilfeleistungen verbessert werden.

Schweiz. Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt (SFFF)

Vorläuferin dieser proletarischen Frauenorganisation war die "Vereinigung für Fraueninteressen", die sich in den 20er und 30er Jahren für bessere Arbeitsbedingungen einsetzte. 1954 gründete sich die SFFF, mitten in der Zeit des kalten Krieges. Die SFFF ist Mitglied der IdFF (internationale demokratische Frauenföderation). Bis 1962 gab die SFFF das Mitteilungsblatt 'Frauen' heraus. 1964

der an internationalen Solidaritätsaktionen teil. Es besteht kein organisatorischer Zusammenhang zur PdA, hingegen sind überwiegend PdA-Frauen in der SFFF zusammengeschlossen.

Frauengruppen der Ausländerorganisationen ATEES, PCE, FCL

Frauengruppen der ATEES (Organisation der Spanischen Emigranten in der Schweiz) befinden sich erst im Aufbau. Die Frauengruppen der PCE (Kommunistische Partei Spanien) vertreten spezifische Frauenprobleme ihrer Partei. Sie haben auch schon Kontakte zu anderen Frauengruppen aufgenommen, wie zu den fortschrittlichen katholischen Frauen. In Lausanne existiert eine Gruppe 'mujeres democraticas', die die politischen Gefangenen in Spanien unterstützt und Briefe aus den spanischen Gefängnissen veröffentlicht. Frauengruppen der FCL (Italienische Emigranten in der Schweiz) werden erst seit 1975 aufgebaut. Anhand eines Fragebogens über Arbeit, Ausbildung, Gesundheit, Abtreibung, Familie, Hausfrauenarbeit und Organisation in Gewerkschaft und Partei versuchen die Frauengruppen an die italienischen Emigrantinnen in der Schweiz zu gelangen. Durch Nähkurse, Säuglingskurse usw. wird versucht, einen grösseren Teil von Frauen anzusprechen.

In der nächsten Nummer gehen wir auf die SP-Frauen und die Gewerkschaften, in der Septembernummer auf FBB und MLF ein.

Zürich

Krankenkassen

Auf das Wort "Krankenkassen" reagiert die Zürcher Öffentlichkeit, vor allem die weibliche, gegenwärtig in höchstem Massensensibel. Autonome und Partei-Frauengruppen befassen sich mit dem Thema. PFZ und FBB sammeln eine Petition. Sie verlangen von den Vorständen der Kantonalen Kassen, die gynäkologischen Präventivuntersuchungen weiterhin zu bezahlen. Wir haben noch nie so rasch und leicht Unterschriften gesammelt! An unserer letzten Mitgliederversammlung waren die Kassen Haupttraktandum. Die CVP-Frauen luden kurz darauf den Chef des Konkordates sowie die Frauen anderer Parteien zu einer Orientierung über die Franchise von Fr 30.- ein, wobei auch die gestrichenen Krebsabstriche und andere diskriminierende Sparübungen zur Sprache kamen. Die Stimmung war rebellisch. Als wir durch Zufall hörten, dass die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen tagen würde, richteten wir am 5. Mai ein Telegramm an die Präsidentin, Stadträtin Dr. Emilie Lieberherr (SP), Vorsteherin des Zürcher Sozialamtes, und baten sie, die brennende Frage auf die Traktandenliste zu setzen. Die Antwort war positiv. Kommissionsmitglied Dr. Lili Nabholz ("Die Schweiz im Jahr der Frau") wurde beauftragt, sich mit uns in Verbindung zu setzen und an der nächsten Kommissionssitzung Bericht zu erstatten. Das Gespräch findet in diesen Tagen statt. vi

Solothurn | Olten

Doppelverdienerinnen

Die Frauenzentrale Solothurn hat anschliessend an ihre Delegiertenversammlung in Olten das Thema "Doppelverdienerinnen" aufgegriffen (TV: "Bericht vor 8" hat darüber berichtet). 5 Referentinnen, je eine Arbeiterin, Angestellte, Aerztin, Hausfrau und Lehrerin waren dazu eingeladen worden.

Die Arbeiterin, eine Vertreterin der Gewerkschaftsfrauengruppe des SMUV, hat in ihrem Referat sehr eindrücklich die Willkür der Unternehmer gegenüber den Frauen geschildert und das Recht auf Arbeit für Frauen und Männer überzeugend vertreten. Es gehe nicht darum zu entscheiden, wer zuerst entlassen werden soll, sondern es gehe um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Denn viele Entlassungen seien mit der Einführung der 40-Std.-Woche oder mit der Herabsetzung des Pensionsalters auf 60/58 Jahre gar nicht nötig. Der Bundesrat habe in einer Botschaft erwähnt, dass allein mit der Einführung der 40-Std.-Woche 300'000 Arbeitsplätze neu geschaffen würden. Die Vertreterin der Progressiven Frauen des Kantons Solothurn (PFSO), Edith Hubler, verwies in ihrer Stellungnahme auf die wirtschaftliche Notwendigkeit, die die Frauen zur Erwerbsarbeit zwingt und befürwortete die Berufsarbeit von Frauen als Voraussetzung zur Selbstbestimmung des eigenen Lebens jeder ein-